

Gewerkschaftsführer appellieren an die Schlichter der Papen-Regierung

Dafür aber werden langjährige führende Gewerkschaftsfunktionäre ausgeschlossen, weil sie zum Abwehrstreik gegen einen brutalen Lohnabbau aufforderten

Warum sind die Vorstandsmitglieder der Fachgruppe Püger ausgeschlossen?

Die Gewerkschaftsführer sehen ihre verhängnisvolle Politik der Unterwerfung fort. Der gestrige „Vorwärts“ bringt einen Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhandlungen in der Zigarrenindustrie, in dem die Führer der Tabakarbeiterverbände eine Stellung eingenommen haben, die geradezu als Standdaß bezeichnet werden muß.

Die Unternehmer haben den Reichstarifvertrag für die Zigarrenherstellung zum 31. Juli 1932 gekündigt. Sie wollen die Zeitlohnätze bis über 20 Prozent und die Stücklohnätze bis über 30 Prozent kürzen. Außerdem fordern sie die Beilegung der tariflichen Ferienbestimmungen und damit der Ferien überhaupt. Dabei verdient ein Zigarrenarbeiter, wenn er Kollarbeiter ist, 18,74 Mark die Woche. Die Verhandlungen, die in Deynhausen stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Und nun das dicke Ende, der Schlußsatz des „Vorwärts“-Berichtes über die Verhandlungen lautet:

„Da eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, haben die Gewerkschaften das Reichsarbeitsministerium um die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens und die Bestellung eines Schlichters ersucht.“

Höher geht es nicht. Auf die freche Herausforderung der Zigarrenfabrikanten müssen die Gewerkschaftsführer nur eine Antwort — den Appell an den Schlichter der Papen-Regierung!

Jeder deutsche Arbeiter weiß zu genau, was er von den Schlichtern zu erwarten hat. Nach allen Erfahrungen bedeutet der Appell an den Schlichter ein Einverständnis mit Lohnabbau. Ein Appell an die Schlichter der Herren von Papen ist eine direkte Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Die Gewerkschaftsführer setzen also ihre „glorreiche“ Unterwerfungspolitik weiter fort. Eine Politik, die, wie alle Erfahrungen gezeigt haben, ins Verderben führt.

Es ist kaum verwunderlich, daß Hand in Hand mit dieser Politik die Gewerkschaftsführer — trotz aller schönen Reden über Einheitsfront — klassenbewußte Gewerkschaftsmitglieder, die gegen diese ihre Politik rebellieren, weiter duldendweise aus den Gewerkschaften ausschließen. Wir erhalten eine Zuschrift von Kollegen des Berliner Bauergewerksbundes. Dort ist der Vorstand der Fachgruppe der Püger aus dem Bund ausgeschlossen worden, weil er zu einem Abwehrstreik aufgerufen hatte.

Unterwerfungspolitik und Ausschluß revolutionärer Gewerkschaftsmitglieder — das ist die Linie, die die Gewerkschaftsführer durchführen. Dagegen gilt es, den Kampf aufzunehmen. Nicht die revolutionären Gewerkschaftsmitglieder, sondern die Gewerkschaftsführer, mit ihrer Unterwerfung- und Ausschlusspolitik schädigen die deutsche Gewerkschaftsbewegung!

Wir geben die Zuschrift der Kollegen vom Bauergewerksbund mit einigen Kürzungen wieder:

Die Leiter der „Roten Fahne“ wissen bereits, daß die Bürokratie des Bauergewerksbundes die Vorstandsmitglieder der Fachgruppe der Püger, die Kollegen Wils, Kühräuber und Ringner und zwei weitere Funktionäre, die Kollegen Schumann und Sina aus dem Bauergewerksbund ausgeschlossen hat. Warum diese Ausschüsse gegen Kollegen, die zum Teil seit 1896 organisiert sind, erfolgten, das versucht der Bauergewerkschaftsmitglied Ebert den Bauarbeitern im letzten „Mitteilungsblatt“ zu begründen.

Bei dieser „Begründung“ operiert Ebert mit Verleumdungen und Verdrehungen. Ungewollt macht er dabei jedoch das Eingeständnis, daß gerade die jetzt ausgeschlossenen Vorstandsmitglieder die alleinigen Interessensvertreter der Püger sind. Ebert schreibt nämlich selbst, daß die Fachgruppenvorstandsmitglieder in einer Fachgruppenversammlung die Kollegen gegen einen maßlos verschlechterten Tarifvertrag (Ebert nennt das natürlich „noch tragbares Vertragsverhältnis“) zum Abwehrstreik aufforderten. Auch die Tatsache, daß die Vorstandsmitglieder Wils, Kühräuber usw. gegen den letzten ungeheuerlichen Lohnabbau sowohl als Mitglieder der Verhandlungskommission, wie auch in der Fachgruppenversammlung Stellung nahmen und zum Streik aufriefen, wird von Ebert als gewerkschaftsfeindlich bezeichnet. Kein Wunder, denn „Gewerkschaftsführer“ vom Schlage Eberts, die den bankrotteten kapitalistischen Ausbeutern als „Vergle“ treu zur Seite stehen, vereinbaren jeden Lohnabbau.

Nachdem Ebert in seinem Artikel selbst zugibt, daß die große Mehrheit der Püger hinter der Politik der Fachgruppenleitung steht, erklärt er, es sei ihm nicht möglich gewesen, in der Versammlung am 2. Juni die Terrormaßnahmen gegen die Fachgruppen-

leitung zu vertreten. Wir stellen fest, daß Ebert in dieser Versammlung vor den Mitgliedern feige gekniffen ist.

Daß der Kollege Lehmann in einer öffentlichen Pügerversammlung die Kollegen anforderte, in den Gewerkschaften zu bleiben und im Sinne einer revolutionären Gewerkschaftspolitik zu arbeiten, genügt für Ebert, ihn als Gewerkschaftsfeind aus dem Bauergewerksbund auszuschließen.

Statt sich mit den Verdrehungen Eberts auseinanderzusetzen, genügt es, das Schreiben, das der Bauergewerksbund an den Kollegen Wils geschickt hat, zu lesen, um die Einstellung der Ebertleute kennenzulernen. Dieses Schreiben ist ein einziger Standaal, es zeigt nur zu gut, wie die Bürokraten die Einheitsfront aufpassen:

„Deutscher Bauergewerksbund Berlin SW 68, den 17. Juni 1932
Bundesvorstand Friedrichstraße 5/6.

Einschreiben!

Herrn Albert Wils, Püger.

Berlin, Carmen-Elva-Straße 5.

Der Bundesvorstand erzieht Kenntnis, daß Du Dich in letzter Zeit für die AGD im Gebiet der Bauergewerkschaft Berlin betätigst. Mitglieder unseres Bundes, die für die AGD Propaganda

Keine Urwahl im DMV. Berlin

Was der Verbandstag bringen soll und was die Opposition allen Metallarbeitern vor schlägt

Von der Fraktionsleitung der oppositionellen Metallarbeiter wird uns geschrieben:

„Im DMV. kann jeder seine Meinung, unbeschadet seiner politischen Richtung, sagen.“ So lang es unzählige Male aus dem Munde der höchsten Funktionäre des Verbandes. Wenn es so wäre, dann hätten am letzten Sonntag in Berlin die Urwahlen der Delegierten der Metallarbeiter zu ihrem Verbandstag stattfinden müssen. Weil es nicht so ist, hat die Generalversammlung die Urwahl abgelehnt. Die Ortsverwaltung fürchtet, daß die Opposition wie früher bei allen Verbandstagen gewählt würde und die Kampfstimmung der Metallarbeiter auf dem Verbandstag zum Ausdruck bringen würde.

Und das wäre dringend notwendig, angesichts des ungeheuerlichen Schlasses, den die faschistische Bourgeoisie gerade jetzt gegen die Arbeiterklasse zu führen im Begriff ist. Statt die Metallarbeiter entschlossen zu Massenkämpfen vorzubereiten, jammern und lamentieren die obersten Führer des DMV., reden vom „Märzischen Kampf“ ihr ihrem Beiratsbeschluss, lehnen aber gleichzeitig die Einheitsfront der Arbeiter zum Kampf in den Betrieben ab.

Die Gewerkschaften selbst, Koalitions- und Tarifrecht sind durch den Faschismus von der Vernichtung bedroht, aber der Verbandstag soll sich mit der

„Neuordnung der deutschen Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der eisenhaltigen Industrie“

beschäftigen. Mit der Lage der Metallarbeiter und dem einzigen Wege — des entschlossenen Einsatzes der Metallarbeiter zum Kampf — zur Besserung dieser Lage — beschäftigt sich dieser Verbandstag nicht. Damit müssen sich aber um so mehr die Metallarbeiter in den Betrieben und in den Verbandssammlungen beschäftigen.

Dafür soll dieser Verbandstag die weitere Beschränkung der Mitgliederrechte vornehmen. Laut Antrag des Vorstandes soll die Herabsetzung der Dauer des Unterstützungsbezuges für Arbeitslose und Kranke von früher 20 Wochen auf 6 bis 12 Wochen beschließen. Der Sozialdemokrat Peter sen, Bevollmächtigter in Hamburg, beantragt, Kommunisten überhaupt aus dem Verband rauszuwerfen und den Ortsverwaltungen unumschränkte Vollmacht beim Abschluß von Tarifen zu geben. Feine Demokratie!

Neuwahlen im Buchbinderverband

Nach dem Statut des Buchbinderverbandes müssen acht Wochen nach dem Verbandstag zwei Mitglieder zum Tarifanschluß und zwei Mitglieder zum Beirat durch Urwahl gewählt werden. Außerdem müssen sich sämtliche Verbandsangestellten zur Wahl stellen.

Bei dieser Gelegenheit gilt es für jeden Kollegen die Ergebnisse des Verbandstages zu überprüfen. Mit den schlimmsten diktatorischen Mitteln hatte man die Opposition ausgeschaltet. Das einzige Bemerkenswerte an dem Verbandstag war aber, daß trotz alledem, selbst bei den gestiebten Delegierten des Verbandstages starker Unwille gegen die reformistische Verbandspolitik zum Ausdruck kam.

Der Delegierte Ostentrieder aus München erklärte, die Mitglieder seien von dem Bericht des Verbandsvorstandes sehr enttäuscht. Es habe den Anschein, daß man die Auswirkungen der Tarifverschlechterungen abschwächen wolle. Durch die Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Mitgliedschaft zeigte sich ein starker Rückgang der Verbandsaktivität unter den Kollegen. Da die Ausführungen dieses Redners dem Vorstand unangenehm wurden, unterbrach man ihn oft und entzog ihm schließlich wegen Ueberschreitung der Redezeit das Wort.

Der Frankfurter Delegierte führte aus, der Verbandsvorstand habe seine Pflicht gegenüber den Mitgliedern nicht erfüllt, während ein Kollege aus Halberstadt u. a. sagte: „Der Verbandsvorstand habe in den letzten vier Jahren nicht den Willen gehabt, mit den Mitgliedern zusammenzuarbeiten.“ Aus diesen Stimmen geht hervor, daß der Verbandstag eine vernichtende Abrechnung mit der Politik des Vorstandes gebracht hätte, wenn er nicht zum größten Teil aus Verbandsangestellten bestanden hätte.

Im übrigen sprach der Vorsitzende Hausen von weiteren Durchhalten und von anderen schönen Dingen. Was er darunter versteht, zeigte er im Schlußwort, wo er ausführte: „Die Ein-

machung oder innerhalb des Bundes nach den Anweisungen der AGD. arbeiten, verstoßen gegen unsere Bundesstatuten und haben die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu tragen. Der Bundesvorstand hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit Deiner Person beschäftigt und Dich mit sofortiger Wirkung gemäß § 16, Ziffer 2, der Bundesstatuten wegen bundesfeindlichen Verhaltens aus dem Deutschen Bauergewerksbund ausgeschlossen.“

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß gemäß § 16, Ziffer 10, der Bundesstatuten Deine Bundesmitgliedschaft durch den Ausschluß erlischt. Für den Fall, daß Du widerrechtlich verurteilt, noch weiterhin an irgendwelchen gewerkschaftlichen Veranstaltungen (Versammlungen, Sitzungen usw.) teilzunehmen, sind die Instanzen unseres Bundes gezwungen, gemäß §§ 123 ff. StGB. strafrechtlich gegen Dich vorzugehen.

Deutscher Bauergewerksbund
Bundesvorstand
gez. Kolozweg.

Aus diesem Schreiben geht ganz klar hervor, daß die fünf Kollegen lediglich wegen ihrer revolutionären Gewerkschaftspolitik ausgeschlossen wurden. Nicht die Ausschließenden handelten gewerkschaftsfeindlich, sondern die Ebert und Bernhardt. Um die schändliche Lohnabbaupolitik gemeinsam mit den Unternehmern reibungslos durchzuführen zu können, schließen die Bürokraten die besten revolutionären Funktionäre und Mitglieder einzeln diktatorisch aus den Verbänden aus und schrecken dabei auch nicht vor der offenen Spaltung ganzer Zahlstellen und Fachgruppen zurück.

Die Mitglieder der Fachgruppe müssen diesen Spaltungen und Verbandszerstörungen das Handwerk legen.

Alle Mitglieder müssen geschlossen am Donnerstag, dem 30. Juni, 17 Uhr, an der von der rechtmäßig gewählten Fachgruppenleitung nach „Altem Festhalten“, Hasenheide 13, einberufenen Mitgliederversammlung teilnehmen und Maßnahmen beschließen, die die Einheit der Pügerfachgruppe garantieren.

Jetzt wird es schon verständlich, warum verhindert werden soll, daß durch Urwahl oppositionelle Delegierte zum Verbandstag kommen. Dafür werden von der SPD-Fraktion getreue Anhänger des Vorstandes gewählt, die zum großen Teil sogar materiell von der Ortsverwaltung abhängig sind und die zum Teil schon seit Jahren nicht mehr im Betrieb stehen. Von ihnen glaubt die Leitung sicher zu sein, daß sie alles, was sie will, mitmachen werden. — Ob sie damit recht behält?

So mancher Funktionär überlegt in diesen Tagen, ob die Politik des DMV., die auch der DMV.-Vorstand treibt, und die uns bis zu Papen und Hitler gebracht hat, weitergeführt werden soll.

Die Fronten werden immer klarer. Faschistische Bourgeoisie, die zur nackten Bruchialgewalt greift, um ihre Herrschaft zu retten und das Proletariat, das im verfaulenden Kapitalismus verkommen oder in organisierten Massenkämpfen seine Ausbeuter niederwerfen muß, um den proletarischen Ausweg — durch Arbeiterherrschaft zum Sozialismus — zu beschreiten.

Die Metallarbeiter rühren sich! Von unten aus den Betrieben und Stempelstellen quillt es hervor. Die Mauern werden niedergedrückt.

Proletarische Einheitsfront

und nur eine Bedingung stellen die oppositionellen Metallarbeiter: kämpfen und angreifen an der Stelle, wo der Angriff jetzt am wirksamsten ist — im Betrieb. Massenkampf der Metallarbeiter — ungeachtet des Mitgliedsbuches — unter der Führung ihrer Einheitskomitees in den Betrieben und auf den Stempelstellen gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur durch die Papenregierung. Dazu fordert die Opposition im DMV. auf.

Alle Mitglieder des DMV., die durch die Notverordnungsdiktatur getroffen werden, müssen sich einreihen in die Front der Opposition. Schließt euch zusammen im Betrieb und auf der Stempelstelle zu festen organisierten Oppositionsgruppen! Besucht die Mitgliederversammlungen im Wahlkörper und in der Branche und räumt auf mit den Methoden der Verbandsleitung, die jede proletarische Demokratie erstickt, und der Entfaltung des Massenkampfes der Metallarbeiter gegen ihre Feinde immer neue Hindernisse in den Weg legt.

Reicht überall den Kollegen des DMV. die Bruderhand! Im gemeinsamen Kampf werden wir alle Gegner schlagen.

Führung der 40-Stunden-Woche bedeutet 16 Prozent Lohnabbau. Jedoch müssen die Arbeiter bereit sein, Opfer zu bringen, es werden wohl noch mehr Opfer gebracht werden müssen.“

Die Tarif- und Lohnfragen wurden von Wien e e e wieder hinter verschlossenen Türen behandelt. Obgleich schon der ungeheure Abbau im Manteltarif der Buchdrucker bekannt war, wurde dazu mit keiner Silbe Stellung genommen.

Das Ungeheuerlichste aber war, daß Splietz, der als Vertreter des DMV. anwesend war, den Abbau der gewerkschaftlichen Unterstützungsleistungen propagierte. Er erklärte, man müsse es den Mitgliedern beibringen, daß die Gewerkschaften keine Unterstützungsvereine sind, ehe die Kassen ganz leer sind. So wurde denn auch beschlossen, die Krankenunterstützung auf ein Jahr ganz zu streichen, die Invalidenterstützung auf ein Drittel zu kürzen, und alle übrigen Unterstützungen um 50 Prozent herabzusetzen.

Zu Kampfmassnahmen gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen die faschistische Reaktion wurden keinerlei Beschlüsse gefaßt. Die Wahl des bisherigen 2. Vorsitzenden Demald zum 1. Vorsitzenden zeigt, daß der bisherige Kurs fortgesetzt werden soll. Eine um so größere Bedeutung hat die Wahl oppositioneller Delegierter in den Beirat.

Bei der Debatte hierüber kam deutlich zum Ausdruck, daß der Verbandsvorstand eine Kontrolle durch dieses von den Mitgliedern gewählte Organ unterbinden will. Unter dem Einbruch eines Flugblattes, das die Leipziger Opposition verteilte, wurde aber mit Mehrheit die Beibehaltung des Beirates beschlossen. Von ebenso großer Bedeutung ist die Besetzung der Tarifkommission mit oppositionellen Kollegen, damit endlich eine revolutionäre Tarifpolitik durchgesetzt werden kann. Die Opposition führt den Kampf um Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 7 Stunden bei freiem Sonnabendnachmittag und vollem Lohnausgleich. Sorgt durch die Wahl oppositioneller Kollegen dafür, daß auch bei den Buchbindern ein Schritt vorwärts getan wird, für die Herstellung der roten Einheitsfront gegen faschistischen Terror und Sozialreaktion.